

## **Eurobonds könnten für Erleichterung sorgen**

Beim heute beginnenden EU-Gipfel wird wieder nicht über die wahren Ursachen der Krise im Euroraum gesprochen. Auch mögliche Lösungswege, zum Beispiel Eurobonds, sind offiziell kein Thema .

Staatsschulden gelten als neueste Plage der Menschheit. In vielen öffentlichen Debatten auch im Vorfeld des EU-Gipfels sind die Rollen klar verteilt: Die Griechen und andere Schuldensünder aus dem südlichen Europa hätten über ihre Verhältnisse gelebt und Deutschland zahle jetzt die Zeche. Die wahre Ursache dieser Misere nämlich dass die Staatsschulden im vergangenen Jahrzehnt im Euroraum durch die wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte stark gewachsen sind wird meist ausgeblendet. Das gilt auch für die Tatsache, dass die internationale Bankenkrise und ihre Folgen in den Jahren 2009 und 2010 die Staatsschulden erst in diese Dimensionen getrieben haben.

Innerhalb des Euroraums erhöhten sich nach Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat die Staatsschulden von 4,8 Billionen Euro im Jahr 2001 auf 7,8 Billionen Euro im Jahr 2010. Der Anteil Griechenlands an diesem Gesamtzuwachs beträgt 177 Milliarden Euro, also nur sechs Prozent, während die Bundesrepublik mit 820 Milliarden, Frankreich mit 740 Milliarden und Italien mit 485 Milliarden Euro beitrugen.

Fast vollständig ausgeblendet wird in der Debatte zudem, dass alle Schuldnerstaaten ihren Gläubigern, den Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstitutionen, regelmäßig Zinsen und Zinseszins gezahlt haben. Über diese Transaktionen hat Eurostat ebenfalls Angaben parat: Im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben die Staaten des Euroraums Zinszahlungen in Höhe von 2,6 Billionen Euro getätigt. Das entspricht etwa einem Drittel des Schuldenbergs 2010. Dabei war das Verhältnis von Zinszahlungen des laufenden Jahres und Schuldenstand am Ende des Vorjahres zwischen 2001 und 2010 moderat: In der Regel bewegte es sich zwischen 3,6 und 5,3 Prozent.

Dabei ist folgender Sachverhalt bemerkenswert: EU-Mitglieder wie Polen, Dänemark oder Großbritannien, die nicht dem Euroverbund angehören, mussten in der Regel mit einem höheren Zinssatz ihre Schulden bedienen als Länder mit der Gemeinschaftswährung Griechenland eingeschlossen. Das ist einfach zu erklären: Der Euro bewährte sich im zurückliegenden Jahrzehnt als stabilere Leitwährung als das Pfund oder der US-Dollar. Kredite in diesen Währungen hatten höhere Inflationsverluste hinzunehmen als Kredite in Euro.

Das hat sich mittlerweile drastisch geändert: Spanien und Italien sollen neue Staatsanleihen nun mit sieben Prozent und mehr verzinsen. Jeder Banklehrling lernt zu Anfang seiner Ausbildung, dass bei derartigen Zinssätzen sich der Schuldenstand bereits nach zehn Jahren verdoppelt und nach nur 17 Jahren verdreifacht, falls zwischenzeitlich keine Tilgungen erfolgen. Es ist im hohen Maße unwahrscheinlich, dass die südlichen Staaten des Euroraums derart horrenden Zinssätze bei ihrer geschwächten wirtschaftlichen Ausgangslage erwirtschaften können.

Wenn zur Lösung der Finanzkrise über Schuldenschnitte bei Banken und anderen Finanzinstituten nachgedacht wird, sind deren hohe und stabile Zinseinnahmen durch die Staatsschulden in den vergangenen Jahren mit zu berücksichtigen. Totalausfälle bei Staatsschulden sind im Euroraum noch nicht eingetreten.

Im letzten Jahrzehnt haben Länder mit größerer Wirtschaftskraft Kredite zu günstigeren Konditionen bekommen. Es ist befremdlich, dass besonders die Verteidiger einer radikalen Marktwirtschaft ausgerechnet bei der Aufnahme von Krediten nicht ihre Kräfte mit gemeinsamen Staatsanleihen (Eurobonds) bündeln, um ihre gewachsene Marktstärke zu nutzen. Schließlich gibt es auf dem internationalen Kreditmarkt ausreichend Kapitalinhaber, die nach potenten Kreditnehmern suchen. Man sollte sich aber auch nichts vormachen: Gemeinsame Eurobonds können etwas Erleichterung für die schwächeren Euromitglieder bringen eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik können sie allerdings nicht ersetzen.

---

Erschienen in: Neues Deutschland, 8.12.2011